

B e s c h l u s s a n t r a g der FPÖ - Gemeinderäte Maximilian Krauss, MA, Ing. Udo Guggenbichler MSc und Wolfgang Seidl betreffend „Trendwende in der europäischen Atompolitik“, eingebracht in der Spezialdebatte Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke im Rahmen der Rechnungsabschlussdebatte 2021 am 27. Juni 2022 zu Post 1

In Österreich soll der Bruttoenergieverbrauch laut nationalen Energie- und Klimaplan bis zum Jahr 2030 zu knapp 46 Prozent aus erneuerbaren Energien abgedeckt werden. Dabei kommt in der öffentlichen Diskussion oft die Frage auf, woher der Rest der Energie kommen soll. Nicht zuletzt hat das die Stimmen lauter werden lassen, die für eine Renaissance der Atomkraft als günstige alternative Energiequelle werben. Auch in Österreichs Leitungen fließen laut Schätzungen bis zu 11 % Atomstrom. Durch die aktuelle Diskussion um den Fortbestand u.a. der österreichischen Biomassekraftanlagen wurde auch eine Debatte über Atomstromimporte ausgelöst, die ein konsequentes Auftreten und ein klares Nein zur Kernkraft erforderlich macht. Denn wer Ökostrom abdreht, dreht Atomstrom auf!

Immer wieder wird innerhalb der Europäischen Union in Form von staatlichen Subventionen der Bau von Atomkraftwerken ermöglicht. So soll beispielsweise der Ausbau von jeweils zwei weiteren Reaktoren in den Atomkraftwerken Hinkley Point und Paks von den jeweiligen EU-Mitgliedsstaaten subventioniert werden. Auch in der Slowakei sind derzeit zwei in Bau befindlich. Deshalb braucht es eine Trendwende in der europäischen Atompolitik. Der milliardenschwere Ausbau von Atomkraftwerken steht nicht nur in großem Widerspruch zu unserem Verständnis ökologischer, sondern auch budgetärer Nachhaltigkeit. Künftig soll es daher in der gesamten Union keine Subventionen für den Ausbau von Atomkraftwerken oder die Produktion von Atomstrom mehr geben.

Durch die langen Laufzeiten und immer wieder erfolgenden Laufzeitverlängerungen wird außerdem das Risiko für Störfälle wesentlich erhöht. Aus diesem Grund sollte bei jeder Laufzeitverlängerung erneut im Rahmen einer Umweltverträglichkeitsprüfung evaluiert werden, ob ein weiterer Betrieb eines Reaktors aus Sicherheitsgründen möglich ist. Zudem sollte sich die Bundesregierung auch für die Festlegung einer maximalen Höchstlaufzeit auf europäischer Ebene stark machen.

Neben dem Risiko, das permanent von Atomkraftwerken in Form von potenziellen Störungen und atomaren Unfällen ausgeht, gibt es zudem auch das wesentlich langfristige Problem der Atommülllagerung. Hochradioaktive Abfälle wie Brennstäbe haben Halbwertszeiten von mehreren tausend bis hin zu Millionen von Jahren. Endlagerstätten zu finden, die über diesen Zeitraum hinweg, völlig abgeschirmt und sicher sind, ist praktisch unmöglich und bisher nicht gelungen. In unserem Nachbarland Tschechien soll nun bis 2065 ein Endlager in 500-700 Meter Tiefe gefunden werden. Von einer Expertenkommission, die für die Suche verantwortlich ist, wurden vergangenes Jahr sieben mögliche Standorte genannt, teilweise unmittelbar in der Nähe von Temelin und damit nur gute 50 Kilometer von der oberösterreichischen Landesgrenze entfernt. Damit droht hier eine Multiplizierung des Risikos durch die beiden Reaktorblöcke einerseits und ein Atommüllendlager andererseits.

Frankreichs Präsident Emmanuel Macron, Vertreter eines Staates, das mehr als 50 Atomkraftwerke in Betrieb hat, hat erst vor kurzem den Bau weiterer Atomkraftwerke angekündigt. In einer TV-Ansprache begründete das Macron unter anderem mit dem Kampf gegen den Klimawandel und der Sorge um eine zuverlässige Energieversorgung. Frankreich machte sich schon in den vergangenen Wochen in der EU für Atomkraft stark und will, dass auch Brüssel sie als „grüne“ Energie anerkennt.

Und als wäre das nicht genug, geht nun die Politik in Deutschland in eine ähnliche Richtung. Immer mehr Politiker fordern, den eigentlich für das Jahresende 2022 geplanten Atomausstieg zu überdenken und treten für längere Laufzeiten für jene Kernkraftwerke ein, die noch am Netz sind. Friedrich Merz, der CDU-Partei- und Fraktionschef stößt in das gleiche Horn und bekräftigt: „Wir sollten keine Option liegen lassen“, und verweist auf Frankreich: „Wenn in Frankreich 50 Atomkraftwerke in Betrieb sind, können wir auch in Deutschland drei laufen lassen. Wenn es von der Politik gewollt wäre, wäre es auch machbar.“

Zuletzt sprachen sich auch in Österreich Vertreter dafür aus, das Tabuthema Atomkraft offen anzusprechen. So z.B. der oberösterreichische Industrielle Axel Greiner, Präsident der Industriellenvereinigung in Oberösterreich, der zum "Kurier" gesagt hat: "Es ist an der Zeit, auch Kernkraft wieder in Betracht zu ziehen." Greiner ist nicht der erste Industrielle, der im Zuge steigender Energiekosten dieses Tabuthema anspricht. Auch Porr-Chef Karl-Heinz Strauss sagte im Herbst in der "Presse", er halte es "für fahrlässig, dass wir uns nicht einer seriösen Diskussion in Sachen Atomenergie stellen".

Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher gemeinsam mit den Mitunterzeichnern gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates nachfolgenden

B e s c h l u s s a n t r a g

Der Wiener Gemeinderat ersucht die Bundesregierung sich dafür einzusetzen, dass alle diplomatischen und rechtlichen Mittel genutzt werden, um den konsequenten Weg Österreichs im Kampf gegen die Kernkraft fortzusetzen und zu intensivieren. Die Bundesregierung sollte auf europäischer Ebene darauf hinwirken, dass folgende Punkte zur Umsetzung gelangen

1. Trendwende in der europäischen Atompolitik: Ausstieg aus Atomkraft und keine Subventionen für den Ausbau von Atomkraftwerken oder die Produktion von Atomstrom
2. keine Atommüllendlagerstätten in Österreichs Grenz Nähe
3. Einführung verpflichtender Umweltverträglichkeitsprüfungen bei Laufzeitverlängerungen bestehender Atommeiler
4. Festlegung einer maximalen Höchstlaufzeit für Atomkraftwerke

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung beantragt.